



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für  
Umwelt und Forsten  
Herrn Marco Weber, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz



**DIE MINISTERIN**

Kaiser-Friedrich-Straße 1  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Poststelle@mkuem.rlp.de  
<http://www.mkuem.rlp.de>

**17. Juli 2023**

Mein Aktenzeichen  
0102-0004#2023/0023-1401  
MB.0003

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-5365

## **Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Forsten vom 13. Juli 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde der

TOP 4) Projekt Naturschutzstationen wird vorbereitet,  
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion der CDU,  
Vorlage 18/4174

unter Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Im Mai 2023 hat das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität mit dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) eine Kooperationsvereinbarung zur Begleitung des Prozesses der Etablierung der Naturschutzstationen in Rheinland-Pfalz geschlossen.

1/3

### **Verkehrsanbindung**

Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

### **Parkmöglichkeiten**

Parkplatz am Schlossplatz  
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),  
Tiefgarage am Rheinufer  
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Rheinland-Pfalz hat mit dem DVL einen Partner mit herausragender Kompetenz und jahrzehntelanger Erfahrung in ähnlichen Prozessen gewinnen können. Bis Ende 2025 wird im Kooperationsprojekt ein Konzept zur Etablierung von Naturschutzstationen in Rheinland-Pfalz erarbeitet.

Für Rheinland-Pfalz stellt die Etablierung der Naturschutzstationen zugleich Herausforderung und große Chance dar: Es gilt, das erfolgreiche und langjährig etablierte System des Naturschutzmanagements zur Umsetzung der Vertragsnaturschutzberatung und der Biotopbetreuung zu sichern und weiterzuentwickeln. Bisher werden diese Aufgaben durch externe Partner, wie z. B. Planungsbüros, wahrgenommen und alle sechs Jahre neu ausgeschrieben.

Nunmehr sollen Trägerstrukturen in den Regionen geschaffen und verstetigt werden, die sich als „Naturschutzstationen“ in den Regionen selbst gründen und weitere Aufgaben im Naturschutz über das staatliche Naturschutzmanagement hinaus in Abstimmung mit dem Land definieren. So können Landkreise, Verbandsgemeinden oder Gemeinden zusammen mit regionalen Akteuren des Naturschutzes und der Landwirtschaft gemeinsam z. B. einen Zweckverband oder Verein gründen, der dann als Träger der Naturschutzstation fungiert. Auch Akteure aus dem Tourismus oder anderen regionalen Strukturen sind als Mitglieder in den Trägerstrukturen oder begleitenden Gremien denkbar. Hiermit wird auch ein Rahmen geschaffen, der Chancen für eine intensivere Kooperation von Kommunen, Landwirtschaft und Naturschutz bietet.

In anderen Bundesländern haben solche Gründungsprozesse bereits stattgefunden. So gibt es z. B. in Thüringen sog. Natura 2000-Stationen, in Nordrhein-Westfalen besteht das Modell der Biologischen Stationen und in Hessen etablieren sich derzeit landesweit Landschaftspflegeverbände.

Aktuell ist durch die gemeinsam mit dem DVL gegründete Koordinierungsstelle ein Interessenbekundungsverfahren für die geplanten zwei bis drei Modell-Naturschutzstationen in Vorbereitung. In diesen Modellstationen soll erprobt werden, welche Rahmenbedingungen für den Betrieb einer Naturschutzstation geschaffen werden müssen, damit das Naturschutzmanagement in den Naturschutzstationen aufgehen kann.

Für den Umbauprozess werden sowohl Mittel für die Durchführung des Kooperationsprojektes in Höhe von rund 100.000 Euro jährlich bis 2025, als auch für den Aufbau von Modell-Naturschutzstationen im Umfang von mindestens 480.000 Euro ab 2024/2025



jährlich bereitgestellt. Darüber hinaus bleiben die Mittelansätze für das Naturschutzmanagement mit rund 2,6 Millionen Euro jährlich bestehen.

Perspektivisch sollen die Naturschutzstationen über das Naturschutzmanagement hinaus als Träger für kleinere oder größere Drittmittelprojekte fungieren und auch Leistungen z. B. für die Mitgliedskommunen bei der Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen übernehmen.

Parallel zu den Modellstationen sollen weitere Regionen zu Gründung einer Naturschutzstation angeregt werden. Langfristiges Ziel der Landesregierung ist es, in ganz Rheinland-Pfalz flächendeckend, möglichst für zwei bis drei Landkreise je eine Naturschutzstation zu etablieren.

Mit den Naturschutzstationen entstehen regionale Kristallisationspunkte für weitere naturschutzbezogene Themenfelder, der Naturschutz wird durch deren Gründung dauerhaft regional verankert. Damit sind wir in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt, um den großen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

gez.

Dr. Erwin Manz  
(Staatssekretär)